

STADT HOFGEISMAR

Der Ortsvorsteher



Stadt Hofgeismar • Postfach 13 80 • 34363 Hofgeismar

Herrn Regierungspräsidenten
Dr. Walter Lübcke
Steinweg 6
34117 Kassel

Ansprechpartnerin: Frau Hedrich
Telefon: (05671) 999-028
Rathaus: Markt 1
Zimmer: 102 - 1. Obergeschoss
E-Mail: nicole.hedrich@stadt-hofgeismar.de
Geschäftszeichen: I/0.1 / nh
Datum: 26.06.2013
Öffnungszeiten:
Bürger – Dienste: Mo. – Fr. 08.00 – 18.00 Uhr
Rathaus: Mo. – Fr. 08.00 – 12.00 Uhr
Mo. + Do. 13.30 – 18.00 Uhr

Raumordnungsverfahren (ROV) zur überregionalen Entsorgung der Salzabwässer aus dem hessisch-thüringischen Kalirevier an die Oberweser (Rohrfernleitungsanlage), Vorhabensträger: K + S KALI GmbH, Kassel

- Stellungnahme nach Antragskonferenz vom 19.02.2013 -

Anlage: Beschluss Ortsbeirat Hümme (Antrag vom 10.03.2013)

Sehr geehrter Herr Dr. Lübcke, sehr geehrte Damen und Herren,

der Ortsbeirat Hofgeismar-Hümme hat sich in seiner Sitzung am 18.06.2013 erneut mit den Planungen der Kali und Salz GmbH (K+S) zur Oberweserpipeline und den Salzwasser-Speicherbecken in unserer Region auseinandergesetzt und folgende Stellungnahme einstimmig beschlossen.

Im Nachgang zur Antragskonferenz teilt der Ortsbeirat Hümme seine schwerwiegenden Vorbehalte zu dem Vorhaben mit und wir schließen uns den Ihnen vorliegenden Beschlüssen, Resolutionen und Briefen an:

1. Resolution des Weserbundes vom November 2012
2. Beschluss der Regionalversammlung zum Antrag einer Oberweserpipeline vom 28.01.2013
3. Beschluss des Kreistages zur Oberweserpipeline vom 06.12.2012
4. Schreiben des Landrates und der Ersten Beigeordneten an den Regierungspräsidenten vom 23.01.2013

/...2

Zentrale: (05671) 999-000
Fax: (05671) 999-200

Kasseler Sparkasse BLZ 520 503 53
Kasseler Bank BLZ 520 900 00

Konto-Nr. 100 037 012
Konto-Nr. 80 060 009

Steuernummer: 02622630132
Ust.Id.-Nr. DE 113056886

◀ Besuchen Sie uns im Internet unter www.hofgeismar.de ▶

5. Offener Brief zahlreicher Bundes- und Landtagsabgeordneter aus Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen an den Regierungspräsidenten vom 13.02.2013
6. Koalitionsvereinbarung der Niedersächsischen Landesregierung zur Ablehnung der Oberweserpipeline März 2013
7. Stellungnahme des Landkreises Kassel vom 15. März 2013 nach Antragskonferenz

Darüber hinaus überreichen wir in der Anlage den einstimmigen Beschluss des Ortsbeirates Hümme in dieser Sache. Damit wird deutlich, dass der Ortsbeirat Hümme die Oberweserpipeline und das Salzabwasser-Speicherbecken entschieden ablehnt, den Bau der Nordseepipeline als Empfehlung des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra / Weser und Kaliproduktion“ fordert und darüber hinaus die technische Lösung als rückstandsloses Verfahren vor Ort als weitere Alternative zur Oberweserpipeline sieht. Der Ortsbeirat Hümme fordert, dass diesem Verfahren unbedingt der Vorzug einzuräumen ist. Denn das bedeutet den Verzicht auf eine Abwasserfernleitung zugunsten einer umfassenden Aufbereitung der Abwässer zu Industrierohstoffen und den Versatz der unbrauchbaren Reste.

Laut § 13 Bundesnaturschutzgesetz sind „erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft vom Verursacher vorrangig zu vermeiden.“ Auch daraus ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit der ernsthaften und ergebnisoffenen Prüfung der technischen Lösung als rückstandsloses Verfahren vor Ort als Alternative. Denn der unvermeidbare Eingriff durch Pipeline und Speicherbecken lässt sich ohne die Alternativprüfung nicht begründen und wäre nach Auffassung des Ortsbeirates Hümme zu versagen.

Hier erwartet der Ortsbeirat Hümme vom Antragsteller, dass er sich mit spezifischer Fachkompetenz, ausreichendem Mitteleinsatz und dabei ergebnisoffen mit diesen alternativen Verfahrenstechniken befasst. Dieser unverzichtbare erste und unbedingt fortzusetzende Schritt ist von einem modernen, leistungsfähigen Bergbauunternehmen zu fordern, bevor die Landesplanung ersucht wird, eine landschaftlich begünstigte Region mit einer Schneise für eine Pipeline zu durchziehen und riesige Abwasser-Speicherbecken in die Landschaft zu setzen, um das angestaute Salzabwasser anschließend in die Weser zu verklappen.

Mit dem Bau und Betrieb der Abwasserfernleitung und dem Abwasser-Speicherbecken wird es zu nicht wieder gut zumachenden Eingriffen in Natur und Landschaft kommen. Es darf außerdem davon ausgegangen werden, dass es zu erheblichen Schädigungen der sensiblen Ökologie der Weser kommen wird. Für den Suchraum auf der Hümmer Dichte ist außerdem anzumerken, dass sich hier im Offenland eine als flächenhaftes Naturdenkmal ausgewiesene Heidefläche mit Hainbuchenbestand „Hümmer Hute“ befindet, das es zu schützen gilt. Außerdem handelt es sich im Bereich der Hümmer Dichte um ein „Vorranggebiet für die Landwirtschaft“ gem. Regionalplan Nordhessen 2009. Durch das Vorhaben würden nicht nur die überwiegend besten Böden der Landwirtschaft entzogen, sondern in gleicher Größenordnung eine Kompensation anfallen, was einen weiteren Flächenentzug für die Landwirtschaft nach sich zieht. Das kann zu existenzbedrohenden Flächenverlusten einzelner landwirtschaftlicher Betriebe führen und ist aus landwirtschaftlicher Sicht abzulehnen.

Besonders beschäftigt die Bürger von Hümme auch die Frage der Havarie-Sicherheit des geplanten Beckens und der zu- und abführenden Leitungen. Sollte das auf der Hümmer Dichte angeordnete Becken aus diversen vorstellbaren Gründen (Erdbeben, Terror-Anschlag, bauliche Mängel etc.) versagen, würde die Gift-Brühe aus Salz-Abwasser nicht nur wertvolles Ackerland über Jahre hinweg unbrauchbar machen; vor allem wäre der Ort Hümme selbst stark gefährdet, wenn eine Salzabwasser-Flutwelle dort hindurch rauscht. In der Folge würden auch die Vorfluter Esse und Diemel derart belastet, dass dort für den Fischbesatz keine Überlebenschance besteht. Insbesondere das Risiko für den Ort und seine Einwohner selbst muss durch ein Notfall-Szenario dahingehend minimiert werden, dass aus dem Becken austretendes Salz-Abwasser vor Ort aufgefangen und nachher schadlos beseitigt wird, was aus Sicht des Ortsbeirates Hümme nur durch den Bau von entsprechend dimensionierten Havarie-Becken gewährleistet werden kann. Die Aufnahmekapazität der Havarie-Becken muss somit mindestens der Größe des geplanten Beckens selbst entsprechen.

Es gibt Bestrebungen den Reinhardswald als größtes zusammenhängendes Waldgebiet Hessens zum Naturpark auszuweisen, auch um die Region als einzigartigen und attraktiven Naturraum stärker in die touristische Bewerbung zu stellen. Unterhalb der Naturparkbestrebungen wird z.Zt. ein Entwicklungskonzept für den Reinhardswald erarbeitet, das neben den naturräumlichen Gegebenheiten auch die touristischen Chancen beleuchten soll. Hier sollen die vielfältigen Bestrebungen des Landkreises, der Städte und Gemeinden in diesem Raum, aber auch von Privatleuten zusammengefasst werden, damit sie zu einer gemeinsamen touristischen Entwicklungsstrategie der Region weiter entwickelt werden können. Ein Salzabwasser-Speicherbecken in dem Gebiet würde alle touristischen Bemühungen zunichte machen. Der strukturschwache nördliche Raum des Landkreises würde einer seiner wenigen Entwicklungsmöglichkeiten beraubt.

Die Leitungsführung der Vorzugstrasse der Oberweserpipeline geht durch den strukturschwachen ländlichen Raum des Landkreises Kassel. Hier haben wir es bereits jetzt mit erheblichen Auswirkungen der demografischen Entwicklung zu tun. Die Dörfer und auch Kleinstädte entlang der möglichen Trasse leiden besonders unter den Folgen des demografischen Wandels, weil zu der Überalterung und dem Bevölkerungsrückgang noch die Abwanderung vor allem jüngerer Leute kommt. Landkreis und Kommunen versuchen die Dörfer zu erhalten, indem attraktive Lebens-, Arbeits- und Erholungsräume bewahrt werden sollen. Da es in den entlegenen Gebieten aber kaum gelingt Gewerbe anzusiedeln, sind neue Arbeitsplätze nicht in Sicht. Es kommt also umso mehr darauf an die Dörfer attraktiv zu halten und den Naturraum zu schonen.

Durch eine Salzabwasserleitung am Rande des Wohnortes wird die Attraktivität des jeweiligen Ortes sicher nicht gesteigert. Durch ein Salzabwasser-Speicherbecken in Sichtnähe zum Ort, kommt es dann aber ganz sicher zu weiteren Abwanderungen in den betroffenen Orten. Gebäudewertverlust, -leerstand und -verfall wären die Folge. Somit wäre die Zukunftsfähigkeit der Dörfer durch ein Salzabwasser-Speicherbecken in direkter Nähe bedroht. Ein Salzabwasser-Speicherbecken in der Nähe von Hümme ist aus Sicht des Ortsbeirates also grundsätzlich abzulehnen.

Der Ortsbeirat Hümme erwartet eine unmittelbare Berücksichtigung vorgenannter Positionierungen durch die Landesplanungsbehörde. Alle betroffenen demokratisch legitimierten Gremien, Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie der Weserbund lehnen die geplante Oberweserpipeline mit Salzabwasser-Speicherbecken in unserer Region entschieden ab. Nicht nur durch diesen massiven Widerstand und die eindeutige ablehnende Haltung der Bevölkerung gegen dieses Vorhaben, sondern gerade auch wegen der aufgezeigten Vorbehalte ist die Planung aus Sicht des Ortsbeirates Hümme als undurchführbar einzuordnen. Das unüberwindbar entgegenstehende, überwiegend öffentliche Interesse steht der Einleitung des Raumordnungsverfahrens demzufolge entgegen.

Der Ortsbeirat Hümme fordert, dass K + S das technische Verfahren vor Ort zur Vermeidung der Abwässer umsetzt. Ohne diesen Schritt darf keine Natur und Landschaft belastende Planung in ein Verfahren geschickt werden. Sollte die Entsorgung vor Ort nicht leistbar sein, kommt nur die direkte Nordseepipeline in Frage.

Demzufolge fordert der Ortsbeirat Hümme das Raumordnungsverfahren für eine Rohrfernleitungsanlage zur Oberweser zu versagen.

Mit freundlichen Grüßen

(Peter Nissen)
Ortsvorsteher Hümme

Antrag: Kein Salzwasser-Speicherbecken in Hümme

Beschlussvorschlag:

Eine Genehmigung einer Pipeline für die Salzabwässer der Kali und Salz AG (K+S) mit Einleitung in die Oberweser und einem bis zu 80 ha großen Speicherbecken im Suchraum Hofgeismar-Hümme, lehnt der Ortsbeirat Hümme entschieden ab.

Der Ortsbeirat Hümme bittet den Magistrat der Stadt Hofgeismar alle politischen und juristischen Mittel zu nutzen, um die Einleitung der Salzabwässer in die Oberweser und ein mögliches Salzwasser-Speicherbecken in der Gemarkung Hümme zu verhindern.

Der Ortsbeirat Hümme spricht sich dafür aus, das Land Hessen aufzufordern die Empfehlung des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ zum Bau einer Pipeline zur Nordsee in Angriff zu nehmen und mit dem Land Niedersachsen eine verbindliche Trassenführung der Fernleitung abzustimmen, zu planen und für einen zügigen Baubeginn zu sorgen.

Darüberhinaus sind alle möglichen Anstrengungen zum Nachweis eines rückstandslosen Verfahrens vor Ort als „Stand der Technik“ zu unternehmen, um eine weitere Alternative zur Oberweserpipeline aufzuzeigen. Der Ortsbeirat Hümme fordert, dass diesem Verfahren unbedingt der Vorzug einzuräumen ist.

Begründung:

Die Kali und Salz AG (K+S) plant zur direkten Salzabwassereinleitung in die Weser eine Pipeline vom Kaliabbaugebiet in Osthessen durch den Landkreis Kassel bis zum Einleitungspunkt bei Gieselwerder. Um die Zuleitung des Salzabwassers in die Weser steuern zu können, plant K+S zusätzlich ein 80 Hektar großes Speicherbecken für die Salzabwässer. Zwar ist der Salzsee im Diemeltal vom Tisch, dafür ist aber der Bereich zwischen Hümmer Dichte und Stammen jetzt offiziell Suchraum für das Speicherbecken.

Am 19. Februar fand die Antragskonferenz zur Einleitung des erforderlichen Raumordnungsverfahrens im Regierungspräsidium Kassel (RP) statt. Dabei wurde folgendes deutlich:

K+S hat mit den Ländern Thüringen und Hessen eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen mit dem Ziel, die Entsorgungsproblematik bei Fortsetzung der Produktion auf heutigem Niveau zu lösen. Das Land Hessen hat sich also vertraglich verpflichtet K+S dabei zu unterstützen. Für die beantragte Einleitung in die Oberweser ist seitens des Regierungspräsidiums Kassel eine Genehmigung in Aussicht gestellt worden. Das Raumordnungsverfahren wird ausschließlich für die Oberweserpipeline (also nicht für die Nordseepipeline) beantragt. Untersucht werden zwei Trassenalternativen. Die Variante durch den Landkreis Kassel heißt bereits Vorzugskorridor.

Die Suchräume für das Speicherbecken werden laut Aussage des K+S Vertreters zwar weiter geprüft, in den Unterlagen sind sie aber auf zwei Alternativen reduziert worden: zwischen Gieselwerder und Lippoldsberg und im Bereich der Hümmer Dichte.

Es besteht jetzt also offiziell das Risiko einen Salzsee im Gemarkungsgebiet Hümme zu bekommen. Die unverantwortliche Einleitung von Salzabwässern in die Oberweser und ein Salzwasser-Speicherbecken müssen mit allen Mitteln verhindert werden, um Natur und Landschaft, unserer Stadt und unseren Dörfern eine Zukunft zu geben. Das Hofgeismarer Stadtparlament hat schon einen einstimmigen Beschluss gegen dieses Vorhaben gefasst. Natürlich müssen wir weiterhin die Nordseepipeline fordern, aber die Stadt Hofgeismar wird zusätzlich zusammen mit den weiteren betroffenen Gemeinden dem Verein der Werra-Weser-Anrainerkonferenz beitreten und ein in Vorbereitung befindliches Gutachten finanziell unterstützen. Dieses Gutachten könnte einen weiteren Lösungsweg aufzeigen. Hier soll nachgewiesen werden, dass "Stand der Technik" nicht die Entsorgung via Rohrleitung, sondern eine technische Möglichkeit als rückstandslose Aufbereitung der Abwässer vor Ort ist. Damit würde nachgewiesen, dass es eine technische Alternative zur Oberweserpipeline gibt, die dann in das Raumordnungsverfahren einfließt und bewertet wird.

Laut Herrn Kaivers als Leiter der Regionalplanung beim Regierungspräsidium Kassel muss K+S auch alternative Möglichkeiten tiefgreifend und nachvollziehbar im Gesamtverfahren bearbeiten. Wir werden uns also neben der Forderung nach der Nordseepipeline gemeinsam mit den anderen betroffenen Kommunen auf den Nachweis der technischen Alternative vor Ort in Osthessen als „Stand der Technik“ konzentrieren.

Das Raumordnungsverfahren soll Ende 2013 eingeleitet werden und wird 2014 unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt. Auch das sollten wir nutzen. Eine Unterschriftenliste mit 2500 Unterschriften gegen die Absicht von K+S wurden in der Antragskonferenz bereits von Rüdiger Henne als Bürgermeister der Gemeinde Oberweser an das Regierungspräsidium überreicht. Und auch in Hümme und in der umliegenden Region werden Unterschriftenlisten gegen das Vorhaben ausgelegt und sollten rege genutzt werden.

Peter Nissen
Ortsvorsteher Hümme